Pressemitteilung



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden: http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html

Kiel, 21. Juli 2017

TOP20: Konzept zur Reduzierung der Nitratbelastung des Grundwassers (Drs-Nr. 19/68)

Sandra Redmann

Es ist kein Erfolg, wenn Grenzwerte nur knapp unterschritten werden

Schleswig-Holstein bezieht sein Trinkwasser zu 100 % aus dem Grundwasser. Und natürlich ist der Schutz und die Qualität des Wassers von existenzieller Bedeutung. Im Grundwasser sowie auch in den Oberflächengewässern lassen sich Pestizide oder deren Abbauprodukte in allen Teilen Schleswig-Holsteins nachweisen. Eine großflächige Nitratbelastung ist nachgewiesen und unbestritten.

Der Bericht hierzu wurde ja erst im letzten Jahr in einer Anhörung diskutiert sowie Maßnahmen besprochen. Natürlich werden die Ergebnisse fortlaufend aktualisiert. Den AfD-Antrag brauchen wir daher nicht und lehnen ihn ab. Auch im Alternativantrag der Regierungskoalition finden sich keine neuen Forderungen oder Maßnahmen. Handlungsbedarf gibt es allerdings genug und wurde ja auch schon mehrfach gefordert. Gerade im Bereich des Grundwassers sollten uns die bekannten Zahlen alarmieren, davon betroffen ist natürlich auch die Trinkwasserversorgung. Die Wasserversorger in Schleswig-Holstein weisen schon seit Jahren darauf hin. Daher wurden auch verschiedene Lösungsansätze erarbeitet, die allerdings konsequent umgesetzt werden müssen. Zukünftig werden ca. 40 % der Fläche Europas wegen Pestizidbelastung u.a. aus der Landwirtschaft keinen guten ökologischen Status mehr erhalten. Der Artenverlust in den

Gewässern ist mehr als besorgniserregend. Auch in der Landwirtschaft gibt es ohne Frage ein Umdenken, trotzdem ist der Absatz von Pestiziden in den letzten Jahren um 36,7 % gestiegen. Eine Reduzierung des Pestizideinsatzes ist unerlässlich. Die Hersteller müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und nötigenfalls auch zur Verantwortung gezogen werden, die Zulassungsverfahren müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Das Verantwortungsbewusstsein von Großkonzernen ist beschämend und darf nicht hingenommen werden. Auf europäischer, Bundes und Landesebene müssen weitere Schritte unternommen werden. Die Düngeverordnung ist ein Instrument. Aber auch Pufferstreifen, Wasserschutzgebiete und Trinkwasserschutzgebiete. Die Ergebnisse der Untersuchungen der Wasserversorger müssen zukünftig stärker berücksichtigt werden. Einheitliche Grenzwerte in Schleswig-Holstein (in den Kreisen) sollten angegangen werden, da werden wir mit dem Sozialministerium ins Gespräch kommen. Kontrollverfahren sollte intensiviert werden. Alles bekannte Punkte, die Umsetzung muss jetzt zügig erfolgen. Der ökologische Schaden ist enorm, der ökonomische allerdings auch. Wieviel Geld allein in die Aufbereitung des Trinkwassers geht, ist der reinste Wahnsinn. Ich bin gespannt was der Minister denn neu umsetzen will. Ein Erfolg ist es nicht, die Grenzwerte knapp zu unterschreiten, toll ist es, wenn wir die Grenzwerte senken können.